

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Donnerstag, 01.03.2007, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath, Herr Christoph Jahn, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes bis 21:20 Uhr (TOP 11), Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Frau Jutta Lebkücher, Herr Ulrich Messing,
Herr Alexander Schmidt, Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Herr Frank Beckmann bis 22:10 Uhr (TOP 17), Frau Gerda Benien, Herr Klaus Fröse bis
19:10 Uhr (TOP 9), Frau Dr. Andrea Hanke, Frau Christiane Hansmann ab 19:10 Uhr (TOP 9)
in Vertretung von Herrn Fröse, Frau Ute Kuchenbecker bis 21:05 Uhr (TOP 10), Frau
Gabriele Markerth bis 22:10 Uhr (TOP 17), Frau Dr. Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr
Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig, Herr Jörg Siegel bis 21:30 Uhr (TOP 12), Herr Klaus
Tantow bis 19:55 Uhr (TOP 9), Frau Rita Tücking

Sachverständige

Herr Dr. Christian Klöckner vom "PROSOZ ProKids-Institut" Herten, Frau Brigitte Niemer von
der Landesbausparkasse, Frau von Wulfen vom PAG Institut für Psychologie

von der Verwaltung

Frau Helga Block, Frau Britta Bülter, Frau Christine Czepok, Herr Alfons Egbert, Herr Tilman
Fuchs, Herr Hans-Joachim Fürstenberg, Herr Chris Hagel, Herr Oliver Heintze, Frau Birgit
Herdes, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl Materla, Frau Heike Nees, Herr Bernhard Paschert,
Herr Frank-Detlev Philipp, Frau Aud Riegel-Krause, Frau Dr. Anna Ringbeck, Herr Wolfgang
Schoor, Frau Silke Thesing, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Herr Michael Grünh, Frau Beate Heeg, Frau Lisa Hester, Herr Wolfgang Schallenberg,
Herr Ulrich Schindler, Frau Felizitas Schulte

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
2. Eingegangene Anträge und Eingaben
3. Berichte und Mitteilungen
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern
5. LBS-Kinderbarometer - Wohnen in NRW - Präsentation der Ergebnisse für die Kommune Münster (Stadtteil Gievenbeck)
6. Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kindertageseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft in Triple P-Kurzberatung für Eltern in 2007 - Ergebnisse eines Kooperationsprojekts der PAG Institut für Psychologie, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien
- V/0086/2007
V 7. Fortsetzung des Gemeinwesenprojektes "Wald und Heide"
- V/0083/2007
IV 8. Angebote zur Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule und Weiterbildung und Club D der VHS
9. Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2006 - 2010
- V/0116/2007
IV 10. Jugendrat der Stadt Münster - Ergebnisbericht zu den Wahlen der Jugendforen
- V/1040/2006
IV 11. Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Leitprinzipien und Handlungsempfehlungen
- V/1041/2006
IV 12. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Teil 2: Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster
- V/0063/2007
IV 13. Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Flankierende Maßnahmen der Jugendberufshilfe
- V/0121/2007
IV 14. Perspektiven der Hortentwicklung in Münster ab dem 01.08.2008
- V/0111/2007
IV 15. Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren

<u>V/0132/2007</u> IV	16.	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII - GGUA e. V. und Zugvogel e. V.
	17.	Verschiedenes

Um 17:00 Uhr eröffnete Herr Rickfelder als Vorsitzender die 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- teilte der Vorsitzende mit, dass mit den Unterlagen zur Sitzung auch die Vorlage V/0104/2007 „Schulentwicklungsplanung 2007 bis 2010 für die städtischen weiterführenden Schulen“ des Amtes für Schule und Weiterbildung einschließlich Ergänzung und Begleitschreiben verschickt wurde. Damit würden die Ausschussmitglieder unabhängig von den Zuständigkeiten der Ausschüsse über den Sachstand informiert. Eine inhaltliche Behandlung des Themas unter einem eigenen Tagesordnungspunkt sei nicht vorgesehen.
- beantragte Frau Hakenes, den Tagesordnungspunkt 9 „Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007“ wegen der in der Sitzung zu beratenden etatrelevanten Vorlagen an das Ende der Tagesordnung zu setzen. Frau Möllers beantragte dagegen, die etatrelevanten Vorlagen vorzuziehen und vor dem Haushaltsplanentwurf zu behandeln. Herr Neubert beantragte, die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 6 Kooperationsprojekt zum Thema „Triple P“ zwar wie geplant vorstellen zu lassen, die inhaltliche Beratung und Abstimmung aber in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorzunehmen.

Der Vorsitzende schlug auf der Basis der Anträge vor, die etatrelevante Vorlage V/1041/2006 „Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Förderung der Einrichtungen“ zum entsprechenden Punkt der Etatberatungen hinzuzuziehen, die inhaltliche Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 6 Kooperationsprojekt zum Thema „Triple P“ in einem nichtöffentlichen Teil zu behandeln und die Tagesordnung im Übrigen unverändert zu lassen. Dem wurde mit 11 Für-Stimmen bei 4 Gegen-Stimmen zugestimmt.

- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > der Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 12.02.2007 „Bessere Leistungen für Kinder und Eltern durch Synergien - Für eine Optimierung der städtischen Verwaltung im Jugend- und Schulbereich“ (Anlage 1),
 - > die so genannte Gesamtliste zu den Etatberatungen mit den Veränderungsblättern der Verwaltung und sämtlichen Anträgen freier Träger, der Fraktionen sowie der Bezirksvertretungen,
 - > Anträge von Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplans 2007,
 - > ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zur Vorlage V/1041/2006 „Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan“ (Anlage 2),
 - > eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ zu den Vorlagen zum Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan (Anlage 3) und
 - > eine Information zum Jungentag 2007 in Münster.

Punkt 1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wurde festgestellt, dass zum Tagesordnungspunkt 8 „Angebote zur Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft“ die Anwesenheit externer Mitarbeiterinnen gewünscht wurde und für die übrigen Punkte Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien anwesend waren.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Herr Rickfelder gab den Antrag Nr. A-R/0008/2007 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 12.02.2007 „Bessere Leistungen für Kinder und Eltern durch Synergien - Für eine Optimierung der städtischen Verwaltung im Jugend- und Schulbereich“ bekannt. Er sei am 21.02.2007 im Rat der Stadt Münster eingebracht und als Tischvorlage (Anlage 1) verteilt worden. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde im weiteren Verfahren beteiligt, wenn die Verwaltung entsprechende parlamentarische Beratungsvorlagen erstellt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Berichte und Mitteilungen**

Frau Pohl berichtete:

3.1. Zum 2. Münsteraner Jungentag:

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien werde am 26.04.2007 den 2. Münsteraner Jungentag parallel zum Girls' Day durchführen. Die Umsetzung werde in Jugendeinrichtungen und Schulen erfolgen, die durch eine gemeinsame Fortbildung inhaltlich vorbereitet wurden. Angesprochen von den Angeboten des Jungentages würden die Jungen der 6. Klassen aller weiterführenden Schulen.

Zur Durchführung des Jungentages werde die vom Arbeitskreis Jungenarbeit Münster und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien für den 1. Jungentag aufgelegte Arbeitshilfe fortgeschrieben. Diese könne für die Durchführung an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden. Eine Information zum Jungentag 2007 in Münster sei als Tischvorlage verteilt worden.

3.2. Zum aktuellen Sachstand zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren:

Im Rahmen des NRW-Pilotprojekts sei zwischenzeitlich ein Gütesiegelverfahren mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW abgestimmt und den Spitzenverbänden zur Stellungnahme vorgelegt worden. Danach würden die Einrichtungen über die genauen Inhalte des Gütesiegels informiert. Gütesiegelfähige Einrichtungen sollten dann ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 12.000 € erhalten.

Im Dezember 2006 habe der Minister zudem Mitglieder in eine unabhängige Jury berufen. Diese Jury werde aus den 251 Piloteinrichtungen 25 Kindertageseinrichtungen mit vorbildlichen innovativen Profilen auswählen und mit einem Geldpreis auszeichnen.

In einer zweiten Phase würden weitere 750 neue Familienzentren ausgewählt. Grundlage für die Auswahl der zukünftigen Einrichtungen sei ein dezentrales Verfahren, das die Verantwortung für die Festlegung von Standorten der kommunalen Jugendhilfeplanung und den Jugendhilfeausschüssen übertrage. Als Planungsgrundlage für die Kontingente für die einzelnen Kommunen diene ein Schlüssel auf der Basis der Anzahl der Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren, nach dem sich in 2007 weitere 9 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiter entwickeln dürften. Bis zum Jahre 2012 würden in Münster maximal 42 Familienzentren gefördert werden können.

Die so ausgewählten Einrichtungen würden bereits zur Entwicklung eine Förderung in Höhe von 12.000 € pro Jahr erhalten und zugleich zur Zertifizierung des Gütesiegels zugelassen werden. Gelingt die Zertifizierung nicht im ersten Durchgang, würden die Einrichtungen ein zweites gefördertes Entwicklungsjahr erhalten. Bei weiterem negativem Ausgang laufe die Förderung aus.

In Münster werde für die zweite Projektphase folgendes Verfahren vorgesehen: Spätestens am 15.03.2007 würden alle Träger von Kindertageseinrichtungen mit einem Ausschreibungsverfahren aufgefordert, sich für die Projektphase II in 2007 zu bewerben. Einen Monat später, am 15.04.2007, würden der Verwaltung die Bewerbungen vorliegen müssen, damit eine qualifizierte Auswahl stattfinden und dem Rat am 13.06.2007 ein entsprechender Beschlussvorschlag vorgelegt werden könne. Bis zum 29.06.2007 müsse dem zuständigen Ministerium dann mitgeteilt werden, welche Einrichtungen für die zweite Stufe ab dem kommenden Kindergartenjahr benannt werden.

3.3. Zu den geplanten rechtlichen Neuregelungen zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder NW (GTK):

Frau Pohl gab einen Überblick über die gesetzlichen Neuregelungen zum vom Land geplanten Kindergartengesetz. Die absehbaren Auswirkungen - auch für die Kindertageseinrichtungen in Münster - würden in einer der nächsten Sitzungen dargestellt.

Neben den Kindertageseinrichtungen sei auch der Bereich der Tagespflege für Kinder Gegenstand der Neuregelungen. Für die Kindertageseinrichtungen komme es statt der Spitzabrechnung der Betriebskosten zu einer Pauschalierung orientiert an den Gruppenformen. Schließlich sei als wesentlicher Aspekt geplant, die Trägeranteile an den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen für die kirchlichen Träger der Einrichtungen deutlich zu reduzieren.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es lagen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

Punkt 5 der Tagesordnung

LBS-Kinderbarometer - Wohnen in NRW - Präsentation der Ergebnisse für die Kommune Münster (Stadtteil Gievenbeck)

Zu dem Tagesordnungspunkt nahmen als externe Teilnehmer Herr Dr. Christian Klöckner vom "PROSOZ ProKids-Institut" Herten und Frau Brigitte Niemer von der Landesbausparkasse als Sachverständige gemäß § 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung an der Sitzung teil.

Herr Klöckner erläuterte, was sein Institut in Gievenbeck durchgeführt hatte, wer befragt wurde und welche Stärken und Schwächen für den Stadtteil festgestellt wurden. Die Studie sei Teil einer landesweiten Befragung in unterschiedlichen Stadtteilen gewesen, über die in der Summe ca. 5.000 Kinder befragt wurden.

Gievenbeck sei als deutlich wachsender Stadtteil gewählt worden. Dort seien die 9- bis 13-jährigen Kinder schriftlich befragt worden, von denen ca. ein Viertel bis ein Drittel geantwortet hätten. Die Befragung habe konkret ergeben, dass bei den Kindern für die Punkte Wohlbefinden im Wohnquartier und in der Stadt die höchsten Werte der Untersuchung insgesamt erzielt wurden.

Im Folgenden wurden die Faktoren bzw. Abfragekriterien mit den sich daraus ergebenden Stärken und Schwächen des Wohnumfelds detailliert dargestellt. Abschließend formulierte Herr Klöckner die Empfehlungen, die sich aus Sicht seines Instituts aus der Befragung ergeben würden. So sollten vorhandene Angsträume untersucht, räumliche Teilbereiche wegen der Größe des Stadtteils insgesamt weiterentwickelt, das hohe städtebauliche Niveau beim weiteren Wachstum des Stadtteils beibehalten und die Jugendlichen im Auge behalten werden.

Nach der Beantwortung kurzer Detailfragen bedankte sich der Vorsitzende im Namen des Ausschusses für die Präsentation der Untersuchungsergebnisse.

Punkt 6 der Tagesordnung

Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kindertageseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft in Triple P-Kurzberatung für Eltern in 2007 - Ergebnisse eines Kooperationsprojekts der PAG Institut für Psychologie, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Als Sachverständige gemäß § 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung wurde zu dem Tagesordnungspunkt Frau von Wulfen vom PAG Institut für Psychologie angehört.

Zu der Vorlage lag ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor, der in der Sitzung am 31.01.2007 als Tischvorlage verteilt wurde. Hierzu wurde auf die Beratung in der Sondersitzung des Ausschusses am 21.02.2007 verwiesen.

Der Vorsitzende verwies eingangs auf die Vereinbarung, dass die inhaltliche Beratung und Abstimmung über die Vorlage in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung stattfinden solle.

Frau Pohl führte in die Vorlage ein und erläuterte das Fortbildungsmodul „Kurzberatung“ des Projekts, das sich im bisherigen Verfahren, über das im Ausschuss im Jahr 2004 bereits informiert wurde, bewährt habe.

Frau von Wulfen erklärte Auftrag und Hintergrund des Projekts. Sie stellte das Verfahren Triple P, das in Australien entwickelt wurde, in seiner Gesamtkonzeption vor. Alle Interventionen seien danach gestuft und würden aufeinander aufbauen. Grundprinzip sei, dass die elterliche Selbstregulation und Verhaltensorientierung im Vordergrund stehe.

Anschließend beantwortete Frau von Wulfen Detailfragen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0086/2007**

Fortsetzung des Gemeinwesenprojektes "Wald und Heide"

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Stiftung Siverdes erhält den Auftrag, das Gemeinwesenprojekt ‚Wald und Heide‘ gemeinsam mit dem Caritasverband für die Stadt Münster e. V. und dem Treffpunkt ‚Wald und Heide‘ e. V. in den Jahren 2007 bis Ende 2009 fortzusetzen.

II. Kosten/Folgekosten

Für die Wirtschaftsjahre 2007 bis 2009 entstehen bei der Stiftung Siverdes Gesamtkosten in Höhe von 31.320,00 €

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

	Wirtschaftsjahr 2007	Wirtschaftsjahr 2008	Wirtschaftsjahr 2009
Stiftung Siverdes	15.040,00 €	9.520,00 €	6.760,00 €
Gesamtfinanzierung	31.320,00 €		

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0083/2007**

**Angebote zur Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule und Weiterbildung und Club D der VHS**

Frau Riegel-Krause beschrieb Beteiligte und Maßnahmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösungen. Insbesondere solle die Beratungsleistung verstetigt werden.

Von verschiedener Seite wurde das Anliegen der Vorlage ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Danach beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt dem Konzept der Schul- und Bildungsberatung zu.
2. Der Rat beschließt die Fortführung der ‚Bildungsberatung International‘. Im Stellenplan wird hierfür ab dem 01.08.2007 eine Stelle BAT IV b / Entgeltgruppe 9 TVöD mit 19,25 Wochenstunden dauerhaft eingerichtet.
3. Der Rat beschließt die unbefristete Fortführung von Angeboten zur außerschulischen Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern durch die VHS Münster (‚Club D‘, ‚Mama lernt Deutsch‘ u. ä.) ab 01.05.2007.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass jährlich Kosten in Höhe von 51.000 € entstehen. Die bisher dafür schon im Etatentwurf 2007 ff. bei den ‚Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen‘ im Teilergebnisplan ‚Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte‘ (Produktgruppe 0302) veranschlagten Mittel werden zukünftig wie folgt veranschlagt:

Position Teilergebnisplan	Ansatz 2007	Ansatz 2008 ff.	Erläuterung
Personalaufwendungen	11.150,- €	26.760,- €	Personalaufwendungen 0,5 Stelle EGr. 9 ab Einrichtung der Stelle
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.850,- €	24.240,- €	Honorarkosten und Sachmittel ‚Club D‘; 2007 anteilige Personalkosten bis Einrichtung Stelle
Gesamt	51.000,- €	51.000,- €	

Punkt 9 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2006 - 2010

Der Vorsitzende eröffnete die Beratungen zum Tagesordnungspunkt und begrüßte dazu Herrn Fürstenberg, den für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Mitarbeiter des Amtes für Finanzen und Beteiligungen.

Vor Eintritt in die Haushaltsplanberatungen verwies der Vorsitzende auf die im Vorfeld der Sitzung übersandten sowie die als Tischvorlagen verteilten Unterlagen und gab die notwendigen Informationen für das anstehende Beratungsverfahren. Danach würden

- Haushaltsansätze einschließlich der vorgelegten Veränderungsblätter der Verwaltung als angenommen gelten, wenn keine Abänderungsanträge gestellt würden,
- Beschlüsse zum Stellenplan und zu anderen Fachbereichen als Empfehlung an den zuständigen Fachausschuss bzw. die Fachkommission weitergeleitet werden und
- Trägeranträge, die nicht aufgegriffen würden, als abgelehnt gelten.

Zum Thema Befangenheit wies Herr Rickfelder darauf hin, dass Ausschussmitglieder, die gem. § 31 GO NW befangen seien, nicht an der Beratung und Beschlussfassung mitwirken dürften und dies vor Beratung des betreffenden Punktes von sich aus anzeigen müssten.

Frau Dr. Hanke gab einen kurzen Überblick über die Eckpunkte des vorliegenden Etatentwurfs. So erläuterte sie, dass es sich um den letzten kameralen Haushaltsplan handle, der im Folgejahr durch einen doppischen Haushalt ersetzt werde. Sie stellte das Volumen der jeweiligen Teilhaushalte und deren wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr dar.

Schließlich ging sie auf die vorliegenden Vorschläge aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner zum Konsolidierungsprogramm für die Jahre 2007 bis 2010 ein. Diese Vorschläge habe die Verwaltung noch nicht in den Entwurf zum Haushaltsplan eingearbeitet. Vielmehr müssten in den Beratungen über den Etatentwurf auch Entscheidungen darüber herbeigeführt werden, ob, welche und ggf. in welchem Umfang Änderungen an den vorgelegten Haushaltplandaten vorgenommen werden sollten. Insgesamt seien zumindest die mit der Verwaltung abgestimmten Konsolidierungsvorschläge geeignet, die Haushaltssituation der Stadt Münster zu verbessern, ohne dadurch die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe unverträglich einzuschränken.

Frau Möllers beantragte, die als Tischvorlage von den Fraktionen der CDU und der FDP vorgelegten Unterlagen nicht als Anträge zu den Beratungen über den Haushaltplanentwurf anzusehen. Dem schloss sich Frau Hakenes an. Der Vorsitzende lies über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss sprach sich mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen dafür aus, die vorliegenden Unterlagen als Etatanträge anzusehen.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss gaben anschließend Statements zum Entwurf des Haushaltsplans 2007 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2006 - 2010 ab.

Der Ausschuss begann seine Etatberatungen zu den einzelnen Haushaltsansätzen.

Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt
...718... Zuschüsse allgemein

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 45 (Weitere Reduzierung von Zuschüssen/ Interkommunaler Vergleich) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

An dieser Stelle verwies der Vorsitzende auf eine als Tischvorlage vorliegende Erklärung der Fraktionen der CDU und der FDP, die Zuschüsse im Bereich der Stadt Münster nicht zu kürzen. Einer Anregung, sich dieser Erklärung anzuschließen, folgte der Ausschuss nicht.

- | | | | |
|----|-----------------------------|--|----------------------|
| 1. | Unterabschnitt
(UA) 0000 | Gemeindeorgane | Seite 363 |
| 2. | UA 0020 | Partnerschaften und Patenschaften | Seiten 374, 375 |
| 3. | UA 4070 | Verwaltung der Jugendhilfe | Seiten 363, 372, 375 |
| 4. | UA 4100 | Hilfe zum Lebensunterhalt - örtl. Träger | Seite 375 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|----|-------------|--|----------------|
| Ab | UA 4511 ff. | Verschiedene Zuschüsse an freie Träger | Seiten 376 ff. |
|----|-------------|--|----------------|

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Trägerförderung um 1,5 %, bezogen auf die Haushaltsansätze um jährlich 30.000 €, zu erhöhen.

Der Ausschuss lehnte den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen ab.

- | | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------|----------------------|
| 5. | UA 4511 | Kinder- und Jugendarbeit | Seiten 364, 375, 376 |
| 5.1 | HHSt.
4511.577.0000.0 | Jugendparlament | |

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz für den Jugendrat und die Jugendforen um 20.000 € in 2007 und ab 2008 um jährlich 25.000 € zu erhöhen. Frau Hakenes unterstützte den Antrag für ihre Fraktion.

Nach kurzer Diskussion lehnte der Ausschuss den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen ab.

6. UA 4520 Jugendschutz / Jugendsozialarbeit Seiten 364, 372, 377

6.1 HHSt.
4520... JAZ Wohnhilfen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 185 (Aufgabe von 4 Plätzen) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, diesem Konsolidierungsvorschlag zu folgen.

6.2 HHSt.
4520.718.0300.3 Einrichtung AWO Trauttmansdorffstraße

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 186 (Aufgabe der Einrichtung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Frau Hakenes stellte ebenso wie Herr Stein dazu eine spätere Zustimmung in Aussicht, wenn ein Gesamtkonzept vorgelegt werden könne.

Der Ausschuss nahm den Konsolidierungsvorschlag mit 11 Für-Stimmen bei 3 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung an.

6.3 HHSt.
4520.718.0300.3 Deutsch. Kinderschutzbund; Zusch. OV Mstr

Frau Benien wirkte gem. § 31 GO NW nicht an der Beratung mit.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz um jährlich 18.000 € zu erhöhen.

Frau Hakenes griff für die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag des Trägers auf und beantragte, den Ansatz um jährlich 23.730 € zu erhöhen.

Der Ausschuss lehnte zunächst den Antrag der SPD-Fraktion sowie des Trägers bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen ab. Anschließend wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt.

7. UA 4521 Stadtteilwerkstatt Nord Seiten 364, 378

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

8. UA 4522 AIM jugend plus Seiten 372, 373, 378

8.1 HHSt.
4522.718.8100.6 Reg.-Stelle Frauen und Beruf

Zu der Haushaltsstelle rief der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 12 „Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Teil 2: Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster“ - soweit es um den Teil der Finanzierung in der Vorlage ging - zur Beratung auf. Hierzu wird auf den entsprechenden Punkt dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Zunächst erläuterte Frau Dr. Hanke, dass es im Beschlusstext der Vorlage zu einem Versehen der Verwaltung gekommen war. Über die vorliegende E1-Vorlage seien die

zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen angegebenen Beträge inzwischen korrigiert worden. Hierzu wurde auf das ebenfalls vorliegende Veränderungsblatt der Verwaltung verwiesen.

Herr Funk beantragte daraufhin für die CDU- und die FDP-Fraktionen, die Beträge des vorliegenden Änderungsantrags zur Vorlage ebenfalls zu korrigieren und den Ansatz um jährlich 10.000 € zu reduzieren.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen, dem Änderungsantrag zu folgen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Enthaltungen einstimmig, den Ausschüssen für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften sowie für Gleichstellung zu empfehlen, die Zuständigkeit für die Haushaltsstelle 4522.718.8100.6 „Reg.-Stelle Frauen und Beruf“ an den Ausschuss für Gleichstellung zu verlagern.

8.2 HHSt.

4522.717.9000.8 Förderg. v. Arbeit, Beschäftigung u. Qualifizierung (AIM)

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 188 (Reduzierung d. Fördermaßnahmen und Stellenanteile sowie Aufgabenverlagerung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Frau Pohl verwies darauf, dass die Haushaltsstellenangabe wie folgt zu ändern war: 4522.171.2000.3 „Zuw. L./sonstige Zuw. arbeitsmarktpol. Förderprogramme“.

Herr Neubert beantragte, die Sitzung kurz zu unterbrechen. Dem wurde zugestimmt. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung um 19:25 Uhr. Sie wurde um 19:40 Uhr fortgesetzt.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wurde beantragt, dem Vorschlag aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner zu folgen und den Einnahmeansatz um jährlich 120.000 € zu erhöhen.

Frau Kuchenbecker beantragte für die Fraktionen UWG MS und ödp, keine Veränderung des Ansatzes vorzunehmen.

Frau Möllers beantragte, dass die Einnahmeposition bei der AIM Jugend plus verbleibt und die Mittel für Projektförderung zur Verfügung gestellt werden. Dem schloss sich die SPD-Fraktion an.

Für den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD-Fraktion stimmten 7 Mitglieder. Er wurde bei 8 Gegen-Stimmen abgelehnt.

Anschließend stellte der Vorsitzende den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP zur Abstimmung. Er wurde mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen angenommen.

- | | | | |
|-----|---------|--|----------------------|
| 9. | UA 4531 | Förderung der Erziehung in der Familie | Seiten 364, 365, 379 |
| 10. | UA 4542 | Förderung von Kindern in
Tageseinrichtungen und Tagespflege | Seiten 365, 379 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

11. UA 4551 Hilfe zur Erziehung Seiten 365, 366, 379

11.1 HHSt.
4551... Hilfen zur Erziehung - Ambulante u.
stationäre Hilfen

Dazu lagen die Konsolidierungsvorschläge Nr. 189 und 190 (Reduktion der Standards und Belegung sozialraumnaher Einrichtungsplätze) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Frau Hakenes beantragte, dem Konsolidierungsvorschlag zu folgen. Weitere Reduzierungen in diesem Bereich lehnte sie für die SPD-Fraktion jedoch strikt ab.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz nicht zu reduzieren und mit den Mitteln soziale Frühwarnsysteme zu implementieren.

Der Ausschuss nahm den Konsolidierungsvorschlag mit 12 Für-Stimmen bei 3 Gegen-Stimmen an.

11.2 HHSt.
4551... Hilfen zur Erziehung - Ambulante u.
stationäre Hilfen

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 191 (Anpassen der Standards; Interkommunaler Vergleich) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Herr Funk beantragte, den Konsolidierungsvorschlag nur teilweise aufzugreifen und die Ansätze um jährlich 1.300.000 € zu reduzieren.

Der Ausschuss nahm den Antrag mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen an.

12. UA 4560 Eingliederungshilfe für seelisch
behinderte Kinder und Jugendliche Seite 366

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

13. UA 4561 Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme Seiten 367, 373

13.1 HHSt.
4561.770.3000.0 Inobhutnahme, niederschwellige Angebote

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 192 (Organisatorische Zusammenlegung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Frau Möllers schlug vor, die Einsparungen aus der ohnehin bereits umgesetzten Maßnahme zur Gegenfinanzierung der Haushaltsanträge ihrer Fraktion zu nutzen und den Ansatz in 2007 um 207.000 € und danach um jährlich 307.000 € zu reduzieren.

Für die CDU- und die FDP-Fraktionen wurde beantragt, den Ansatz um jährlich 150.000 € zu kürzen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt. Anschließend nahm der Ausschuss den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit 8 Für-Stimmen bei 7 Enthaltungen einstimmig an.

14. UA 4570 Andere Aufgaben der Jugendhilfe Seite 380

14.1 HHSt.
4570... Bezirkliche Sozialarbeit; Stadtteilprojekte

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 194 (Auslagerung einer 0,5 Stelle) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Es wurde geklärt, dass der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vorgelegte Antrag dem Anliegen des Antrags der Fraktionen der CDU und der FDP sowie des Konsolidierungsvorschlags entsprach. Der Ausschuss beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung, den Ausschüssen für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften sowie für Personal, Recht und Ordnung zu empfehlen, den Konsolidierungsvorschlag Nr. 194 aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner zu übernehmen, eine 0,5 Stelle im Bereich der bezirklichen Sozialarbeit/Mitwirkung an Stadtteilprojekten (aufsuchende Sozialarbeit, Schwerpunktsachgebiet Jugendgerichtshilfe) einzusparen und die Aufgabe mit einem entsprechenden Aufgabenzuschuss durch einen freien Träger vor Ort übernehmen zu lassen.

14.2 HHSt.
4570.718.0200.3 Trialog; Zuschuss

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL entsprechend dem vorliegenden Antrag des Trägers, den Ansatz um jährlich 15.000 € zu erhöhen. Dem Antrag schloss sich Frau Hakenes für die SPD-Fraktion an.

Der Ausschuss lehnte den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen ab.

15. UA 4580 Sonstige Aufgaben Seite 380

15.1 HHSt.
4580.718.0200.8 Zusch. zur Motopädie-
/Psychomotorikförderung

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 187 (Änderung in Einzelfallförderung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wurde beantragt, den Ansatz zu streichen.

Nach der Beantwortung von Detailfragen durch die Verwaltung nahm der Ausschuss den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit 8 Für-Stimmen bei 5 Gegen-Stimmen und 2 Enthaltungen an.

16. UA 4601 Einrichtungen der Jugendarbeit Seiten 367, 380, 381

16.1 Neue HHSt.
4601.718.0140.0 Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit

Zu der Haushaltsstelle rief der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 12 „Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Teil 2: Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster“ - soweit es um den Teil der Finanzierung in der Vorlage ging - zur Beratung auf. Hierzu wird auf den entsprechenden Punkt dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Frau Hakenes wies an dieser Stelle darauf hin, dass sie zwar mit der Erhöhung der Mittel für die offene und mobile Kinder- und Jugendarbeit einverstanden sei, nicht jedoch mit der vorgeschlagenen Finanzierung.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz im Jahr 2007 um 23.500 € zu erhöhen und in den Folgejahren unverändert zu lassen.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wurde beantragt, den Ansatz um jährlich 10.000 € zu reduzieren.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt. Sodann wurde der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen angenommen.

Mit der Beschlussfassung erübrigte sich der von der Verwaltung zu der Vorlage als Ergänzung vorgelegte Finanzierungsvorschlag, mit dem der Ansatz gestrichen werden sollte.

17.	UA 4602	Fachwerk Gievenbeck	Seiten 368, 373, 381, 382
18.	UA 4603	Jugendinformations- und -beratungszentrum	Seiten 368, 382
19.	UA 4604	Lorenz Süd Berg Fidel	Seiten 368, 383
20.	UA 4605	Wuddi Kinderhaus	Seiten 368, 369, 384
21.	UA 4606	Abi Südpark	Seiten 369, 385
22.	UA 4607	Feez Kinderhaus	Seiten 369, 385, 386
23.	UA 4620	Einrichtungen der Familienförderung	Seite 386

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

24	UA 4640	Tageseinrichtungen für Kinder	Seiten 369, 370, 374, 386, 387
24.1	HHSt. 4640.718...	Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen	

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 181 (Bedarfsanpassung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Für die CDU- und die FDP-Fraktionen wurde beantragt, den Konsolidierungsvorschlag aufzugreifen und den Ansatz um 600.000 € in 2007 und danach um jährlich 1.100.000 € zu kürzen.

Frau Hakenes beantragte für die SPD-Fraktion, den Ansatz in 2007 um 500.000 € zu kürzen und danach unverändert zu lassen.

Frau Möllers sprach sich dafür aus, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen, den Ansatz nicht zu reduzieren und die Mittel für die Kindertagesbetreuung einzusetzen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt. Anschließend nahm der Ausschuss den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen an. Eine Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion erübrigte sich damit.

24.2 HHSt.
4640.718... Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 183 (Anpassung Versorgungsquote; Interkommunaler Vergleich) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Für die Fraktionen der CDU und die FDP wurde beantragt, den Konsolidierungsvorschlag aufzugreifen und den Ansatz um 100.000 € in 2007, um 150.000 € in 2008 und danach um jährlich 200.000 € zu kürzen.

Es lag ein schriftlicher Antrag der Fraktionen UWG MS und ödp vor, den Ansatz in der Höhe unverändert zu lassen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP wurde mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen angenommen.

24.3 HHSt.
4640.... Betriebskosten städt. Kindertageseinrichtungen

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 182 (Gruppenschließung KiTa Drostenhof; zzgl. 1,5 Stellenreduzierung) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, diesem Konsolidierungsvorschlag zu folgen.

24.4 HHSt.
4640.718... Betriebskosten Schulkinderangebote

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 184 (Bedarfsanpassung bei Ausbau von Schulkinderbetreuungsangeboten) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wurde beantragt, den Konsolidierungsvorschlag aufzugreifen und den Ansatz um 10.000 € in 2007 und in den Folgejahren um jeweils 20.000 € zu reduzieren.

Der Ausschuss nahm den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen an.

25. UA 4652 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen Seite 387

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

26. UA 4680 Drogenhilfe Seiten 370, 387, 388

26.1 HHSt.
4680.... Indro; Maßnahmen niedrighschwellige Drogenarbeit

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, einen Haushaltsansatz mit jährlich 25.000 € einzurichten, um Landeskürzungen zu kompensieren. Dem schloss sich die SPD-Fraktion an.

Der Antrag wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt.

27. UA 4700 Förderung der Wohlfahrtspflege Seite 388

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

28. UA 4810 Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes Seiten 374, 375

28.1 HHSt.
4810.243.0000.0 Ersatzleistg. Unterhaltspflichtige u. Dritte

Dazu lag der Konsolidierungsvorschlag Nr. 193 (Einnahmeerhöhung durch Übernahme der Rückforderungen vom Sozialamt) aus dem Abschlussbericht der Fa. Rödl & Partner vor.

Frau Hakenes und Frau Möllers beantragten für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD, den Konsolidierungsvorschlag aufzugreifen und den Einnahmean-satz um jährlich 94.000 € zu erhöhen.

Mit Blick auf das bereits begonnene Haushaltsjahr wurde für die Fraktionen der CDU und der FDP beantragt, im Jahr 2007 nur eine Erhöhung von 45.000 € vorzunehmen. Im Übrigen stimmten die Anträge der Fraktionen mit dem Konsolidierungsvorschlag überein.

Der Ausschuss nahm den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP einstimmig an. Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD erübrigte sich damit.

29. UA 4980 Sonstige soziale Angelegenheiten - örtl. Träger Seite 388

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

30. UA 7911 Die Ansätze wurden zum Unterabschnitt 4522 „AIM jugend plus“ verlagert.

Vermögenshaushalt

31. UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe Seite 469

32. UA 4511 Kinder- und Jugendarbeit Seite 470

33. UA 4520 Jugendschutz / Jugendsozialarbeit Seite 470

34. UA 4521 Stadtteilwerkstatt Nord Seite 470
- Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.
35. UA 4601 Einrichtungen der Jugendarbeit Seiten 471, 472
- 35.1 Neue HHSt.
4601.988.0000.2 Investive Förderung von Jugendeinrichtungen

Zu der Haushaltsstelle rief der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 12 „Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 - Teil 2: Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster“ - soweit es um den Teil der Finanzierung in der Vorlage ging - zur Beratung auf. Hierzu wird auf den entsprechenden Punkt dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Beträge zur Reduzierung des Ansatzes auf jährlich 29.500 € zu korrigieren waren.

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wurde beantragt, diesen Finanzierungsvorschlag aufzugreifen und den Ansatz um jährlich 29.500 € zu kürzen.

Der Antrag wurde mit 8 Für-Stimmen bei 6 Gegen-Stimmen angenommen.

36. UA 4602 Fachwerk Gievenbeck Seite 472
37. UA 4603 Jugendinformations- und -beratungszentrum Seite 472
38. UA 4604 Lorenz Süd Berg Fidel Seite 473
39. UA 4605 Wuddi Kinderhaus Seite 473
40. UA 4606 Abi Südpark Seite 473
41. UA 4607 Feez Kinderhaus Seite 474
42. UA 4608 Jugend- und Begegnungshaus Hiltrup-West Seite 474
43. UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder Seiten 474-476
44. UA 4680 Drogenhilfe Seite 476

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

45. UA 5805 ff. Öffentliche Grünflächen / Kinderspielplätze Seiten 483 ff.

Der Ausschuss nahm einvernehmlich alle von den Bezirksvertretungen vorgelegten Vorschläge für die Aufteilung der von ihnen frei verfügbaren Haushaltsmittel an.

Die Ansätze der Unterabschnitte 5805 ff. wurden im Rahmen der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement in den entsprechenden doppelhaushalt des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz verlagert.

Abschließend stimmte der Ausschuss dem Gesamthaushalt in der Fassung der beschlossenen Änderungen mit 8 Ja-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen zu.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0116/2007**

**Jugendrat der Stadt Münster - Ergebnisbericht zu
den Wahlen der Jugendforen**

Frau Dr. Hanke hob hervor, dass es nach den notwendigen Beschlussfassungen in sehr kurzer Zeit gelungen sei, den Beschluss zur Einrichtung des Jugendrats bzw. der Jugendforen in enger Kooperation mit den Schulen umzusetzen. Ende Februar/Anfang März solle Kontakt zu den Gewählten aufgenommen und deren Schulung organisiert werden. Für Ende März sei dann die Konstituierung des Jugendrats geplant.

Es folgte eine längere Aussprache zum Thema. Darin wurde die Bedeutung der Jugendvertretung noch einmal betont, der Ablauf der Wahlen positiv bewertet und die Bereitschaft geäußert, die Initiative der Jugendlichen zum Erfolg zu führen. Es wurden aber Bedenken geltend gemacht, dass die Gremien und ihre anstehende Arbeit auf Grund von parteipolitischen Initiativen beeinträchtigt werden könnten. Ebenso wurde von verschiedener Seite angemahnt, den Jugendlichen ausreichende Mittel für die Gremienarbeit zur Verfügung zu stellen. Ferner wurden Meinungen dazu ausgetauscht, wie die Wahlen in den Schulen organisiert wurden sowie ob und wie die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Jugendlichen ernst genommen werden könnten.

In dem Zusammenhang wurde nach den bisherigen personellen und finanziellen Aufwendungen für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Jugendrat und den Jugendforen gefragt. Die Verwaltung verwies dazu auf eine entsprechende Stellungnahme auf Grund einer Anfrage in der Bezirksvertretung Münster-Südost und sagte zu, diese der Niederschrift beizufügen (Anlage 4). Es wurde der Wunsch vorgetragen, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrates sowie des Ausschusses in geeigneter Weise gegenseitig vorstellen können.

Herr Rickfelder schlug vor, die Rednerliste zu schließen. Dem wurde einvernehmlich gefolgt.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/1040/2006**

**Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2007
bis 2009 -
Leitprinzipien und Handlungsempfehlungen**

Für die Verwaltung führte Frau Dr. Hanke kurz in die Vorlage ein und erläuterte die ab 01.01.2005 bestehende gesetzliche Verpflichtung, einen Kinder- und Jugendförderplan für die Dauer der Legislaturperiode aufzustellen. Frau Pohl ergänzte dies um die Einschätzung, dass sie das vorgelegte Ergebnis für differenziert halte, wobei sie sich bei den beteiligten Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII für die gute Zusammenarbeit zur Entwicklung des Plans bedankte. Für die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ verwies Herr Schönfelder auf eine zur Sitzung vorgelegte Stellungnahme, die als Tischvorlage vorlag und dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist.

Herr Funk betonte die gute Qualität und das Niveau des Berichts sowie die Tatsache, dass die Beschlüsse zur Förderung der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit aus dem Jahr 2005 bestehen blieben, u. a. auch die Dynamisierung der Zuschüsse in diesem Bereich.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Münsteraner Kinder- und Jugendförderplan 2007 bis 2009 zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Kapitel fünf formulierten Handlungsempfehlungen mit den freien Trägern der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit umzusetzen.
3. Die finanziellen Auswirkungen und die aus dem kommunalen Kinder- und Jugendförderplan resultierenden Standards für die offene und mobile Kinder- und Jugendarbeit mit Auswirkungen auf die Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern werden in einer gesonderten Vorlage dargestellt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt (V/1041/2006).
4. Der Bericht über die offene und mobile Kinder- und Jugendarbeit und die damit verbundene Fortschreibung des Förderplanes im Handlungsfeld ‚Kinder- und Jugendarbeit‘ erfolgt im Jahr 2008.
5. Weitergehende Aussagen und Handlungsempfehlungen zu den Handlungsfeldern ‚Jugendsozialarbeit‘ und ‚Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz‘ werden dem Rat im IV. Quartal des Jahres 2007 zur Entscheidung vorgelegt.

Kosten/Folgekosten

Gemäß Vorlage V/1041/2006 an den Rat der Stadt Münster (siehe auch Beschlussvorschläge 3.)“

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/1041/2006**

**Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2007
bis 2009 -
Teil 2: Förderung der Einrichtungen der offenen
und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster**

Zu der Vorlage wies der Vorsitzende auf einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 28.02.2007 hin, der als Tischvorlage verteilt wurde (Anlage 2). Ferner habe dazu die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“, wie zum vorherigen Tagesordnungspunkt ausgeführt, eine Stellungnahme (Anlage 3) eingereicht.

Der Vorsitzende stellte den Änderungsantrag in der Form zur Abstimmung, dass die Deckungsvorschläge der Verwaltung teilweise übernommen wurden. Hierzu verwies er auf die Beschlüsse aus der Beratung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2007. So sei als Deckung aus der Haushaltsstelle 4522.718.8100.6 „Regionalstelle Frauen und Beruf“ lediglich ein Betrag von 10.000 € vorgesehen und der Betrag aus der Haushaltsstelle 4601.988.0000.2 „Investive Förderung von Jugendeinrichtungen“ sei auf 29.500 € zu ändern. Redaktionell seien die Beträge für „Minderausgaben“ auf 49.500 € und für „zusätzliche städtische Mittel“ auf 36.500 € zu korrigieren.

Dem Änderungsantrag wurde mit 8 Für-Stimmen bei 6 Gegen-Stimmen zugestimmt.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 4 Gegen-Stimmen und 2 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Den beschriebenen Leistungen, Standards und Verfahrensvorschlägen für die Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster wird zugestimmt. Damit werden die mit Vorlage 797/99 gefassten Beschlüsse und die Ratsentscheidungen im Einzelfall aufgehoben und vereinheitlicht.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage einzelne Leistungsverträge mit den betroffenen Trägern anzupassen.
3. Die ‚Richtlinien zur Förderung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Münster‘ werden entsprechend der Anlage 3 angepasst.
4. Zur Grundsicherung der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit wird der im Rahmen der Einfrierung der Personalkostenzuschüsse für die Träger verminderte Zuschuss für die in der Anlage aufgeführten Einrichtungen auf 80 % bzw. 90 % der anerkennungsfähigen Personalkosten (gem. Richtlinien) im Jahr 2007 angehoben. Dieser Zuschuss wird für die Dauer der Gültigkeit des kommunalen Jugendförderplanes vorbehaltlich entsprechender Landesmittel festgeschrieben.
5. Die Zuschussminderung aufgrund von Landeskürzungen wird nicht kompensiert.
6. Die Förderung auf der dargestellten Grundlage ist analog zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan gültig bis zum Jahr 2009. Bezüglich der Finanzierung geschieht dies vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für die Haushaltsjahre 2008 und 2009.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Anhebung der Personalkostenzuschüsse auf 80 % bzw. 90 %, Stand 2007 Mehrkosten in Höhe von 86.000 Euro pro Jahr entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4601.718.0130.4	Zusch. Einr. offene/mobile Kinder- und Jugendarbeit	2007 ff.	Neu: 1.324.830	(+ 86.000 €)
Mehrausgaben zum HHPL Entwurf 2007				+ 86.000 €

Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4601.718.0140.0	Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit	2007 ff.	Neu: 0	(- 46.500 €)
4522.718.8100.6	Reg.-Stelle Frauen und Beruf	2007 ff.	Neu: 46.580	(- 19.500 €)
4601.988.0000.2	Investive Förderung von Jugendeinrichtungen*	2007 ff.	Neu: 50.000	(- 20.000 €)
Minderausgaben zum HHPL Entwurf 2007				- 86.000 €

* Die Anzahl der eingegangenen Anträge mit Bezug zu dieser HHST war in den letzten Jahren rückläufig, der Haushaltsansatz wurde regelmäßig nicht ausgeschöpft.“

In einer kurzen Aussprache wurde auf das Problem der zahlreichen Schülerinnen und Schüler ohne Lehrstelle und die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen hingewiesen.

Für die Verwaltung wurde das Thema Schulverweigerung mit entsprechenden Initiativen dazu erläutert. Ferner wurde eine Information des Ausschusses bei neuen Erkenntnissen in der Sache zugesagt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht zur Jugendarbeitslosigkeit wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Erfolgsbeobachtung der in den Jahren 2005 und 2006 geförderten Projekte wird zur Kenntnis genommen (s. Anlage 1).
3. Der Bericht über die Maßnahme ‚Werkstattjahr‘ des Landes wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt Münster wird die Stadtteilwerkstatt-West im Jahr 2007 nicht errichten.
4. Dem Handlungsprogramm zur ‚Förderung der beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten jungen Menschen für die Stadt Münster‘ wird zugestimmt.
5. Der Förderung der aufgeführten Projekte im Jahre 2007 auf der Grundlage des Handlungsprogramms wird zugestimmt (s. Anlage 2).
6. Die Verwaltung berichtet im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, Ausschuss für Gleichstellung, Ausschuss für Schule und Weiterbildung und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über die Erfolge der Projekte.
7. Der im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 bei der Hast. 4522.717.9000.8 ‚Förderung v. Arbeit, Beschäftigung u. Qualifizierung‘ ausgewiesene Sperrvermerk über 100.000 € für das Projekt ‚Stadtteilwerkstatt West‘ wird unter Bezugnahme der Ausführungen der Verwaltung unter Ziffer 3. und 4. der Begründung zur Vorlage aufgehoben.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Haushaltsjahr 2007 Gesamtkosten in Höhe von 300.000 € für die aufgeführten Projekte entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4522.717.9000.8	Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung	2007		
	JAZ gGmbH ‚Gemma‘		49.500 €	Anteilfinanzierung
	Lernen fördern e.V. ‚Vermittlung arbeitsmarktnaher Grundkompetenzen‘		47.500 €	Anteilfinanzierung
	Verein sozial – integrativer Projekte e.V. ‚wortstark‘		20.000 €	2 Durchläufe

	Verein sozial – integrativer Projekte e.V. ‚KoRA‘		20.000 €	2 Durchläufe
	JAZ gGmbH Einzelplätze ‚Arbeiten & Lernen‘		11.600 €	2 Plätze
	JAZ gGmbH Einzelplätze ‚Überbetriebliche Ausbildung‘		17.400 €	2 Plätze
	JAZ gGmbH ‚Job-Beratungsangebot bei der Streetwork‘		2.000 €	Pauschalzuschuss
	Adolph-Kolping-Schule – Abteilung Berufliche Grundbildung		5.000 €	Pauschalzuschuss
	JAZ gGmbH ‚Flüchtlingsprojekt‘		45.000 €	Anteilsfinanzierung
	Projekt Schulverweigerer – Stadt Münster		28.000 €	Anteilsfinanzierung
	GEBA mbH ‚Step by Step‘		31.500 €	Anteilsfinanzierung, pädagogische Begleitung
	Geba mbH ‚BAFF‘ Berufliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit		22.500 €	Anteilsfinanzierung

Insgesamt:	300.000 €
-------------------	------------------

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorstehende Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2007 bzw. des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 – 2010 steht.“

Punkt 14 der Tagesordnung V/0121/2007

Perspektiven der Hortentwicklung in Münster ab dem 01.08.2008

Frau Lebkücher und Herr Messing wirkten gem. § 31 GO NW nicht an der Beratung mit.

Nachdem die Verwaltung das weitere Verfahren erläuterte, wurde aus dem Ausschuss das Auslaufen einiger Einrichtungen bedauert. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach integrierten Lösungen für die Zukunft geäußert.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der vorgeschlagenen Entwicklung der Hortangebote in Münster zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Horte, die als ‚Förderhorte‘ vorgesehen sind, dem Land NRW zur finanziellen Förderung ab dem 01.08.2008 vorzuschlagen und mit den Trägern das Konzept der künftigen Hortarbeit im Zusammenhang mit den Vorgaben des Landes und auf der Grundlage der unter Ziff. 2.1.1 der Begründung genannten Eckpunkte zu konkretisieren und abzustimmen.

3. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, mit den anderen Trägern und Einrichtungen die Umstrukturierungsüberlegungen bezüglich des Ausbaus von u3-Plätzen zu konkretisieren und dazu entsprechende parlamentarische Beschlüsse vorzubereiten.
4. Die Verwaltung berichtet den beteiligten parlamentarischen Gremien über die Umsetzung der in dieser Vorlage aufgezeigten Perspektiven – insbesondere über die weitere Konzeptentwicklung ‚Förderhort‘ sowie die finanzielle Förderung durch das Land NRW.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch den Wechsel von Hortkindern in Offene Ganztagschulen zusätzliche Personal-, Sach- und Baukosten entstehen können, deren Höhe zurzeit nicht beziffert werden kann, da die Zahl der wechselnden Kinder nicht bekannt ist.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.718.0200.9	Betriebskostenzuschuss an freie Träger	2007ff	36.027.930,00	Gesamtansatz 2007
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3-Programms	2007ff	2.400.000,00	Gesamtansatz 2007

Die Stadt Münster fördert die derzeit bestehenden Hortgruppen mit rd. 1.500.000 € aus der Gesamtbetriebskostenhaushaltsstelle für Kindertageseinrichtungen in Münster. Daran beteiligt sich das Land zurzeit mit rd. 500.000 €, die Einnahmen über Elternbeiträge belaufen sich auf rd. 250.000 €. Die städtischen Nettoaufwendungen für die Hortförderung betragen demnach zzt. rd. 750.000 € jährlich.

Nach der Umsetzung des Hortentwicklungskonzeptes ab dem 01.08.2008 ist voraussichtlich von folgender Finanzierung auszugehen: Die Bruttoaufwendungen für die geplanten fünf Einrichtungen (mit sechs Hortgruppen) belaufen sich bei gleichbleibenden Trägeranteilen auf rd. 800.000€. Es wird eine Landesförderung für rd. 60 Hortplätze (= 20 % Hortplatzförderung) in Höhe von rd. 110.000 € erwartet. Die Elternbeiträge sind voraussichtlich mit rd. 120.000 € zu veranschlagen. Die städtischen Nettoaufwendungen belaufen sich nach der Umsetzung des in dieser Vorlage beschriebenen Hortentwicklungskonzeptes ab dem 01.08.2008 dann noch auf rd. 570.000 € jährlich.

Es ist ferner zu erwarten, dass, wie im Weiterförderungserlass des Landes NRW (s. Anlage 4) bereits zum Ausdruck gebracht, die Landesförderung für Horte kurz- bis mittelfristig vollständig eingestellt wird. Dieses würde wegen des Wegfalls der Landesförderung in Höhe von rd. 110.000 € bedeuten, dass die städtischen Nettoaufwendungen auf rd. 680.000 € jährlich steigen.

Der Gesamtansatz der bisherigen Betriebskosten muss im Budget der Gesamtbetriebskosten für Kindertageseinrichtungen bestehen bleiben, um die bereits eingerechnete Haushaltskonsolidierung entsprechend anteilig realisieren zu können.“

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0111/2007**

Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Umstrukturierung einer Regelkindergartengruppe in eine Altersgemischte Gruppe (ganztags) zur Betreuung unter 3-jähriger Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg in Gremmendorf zu.
2. Der Rat stimmt den mit der Umstrukturierung verbundenen geringfügigen baulichen Veränderungen entsprechend dem Raumprogramm (Anlage 1) sowie der adäquaten Ausstattung der Einrichtung (Anlagen 2 a, 2 b, 2 c) zu. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme belaufen sich voraussichtlich auf rd. 32.650 €.
3. Der Rat der Stadt Münster stimmt den Auswirkungen der Maßnahme im Stellenplan 2007/2008 zu.

Zum Stellenplan 2007 (ab 01.08.2007) werden

- 1,00 Stelle Entgeltgruppe 6 (38,5 Fachkraftstunden/Woche) eingerichtet und
- 0,25 Stelle Entgeltgruppe 3 (9,5 Ergänzungskraftstunden/Woche) eingespart.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten für die u3-Betreuung in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren werden entsprechend den beschlossenen Grundlagen der Finanzierung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbauprogramms der Stadt Münster – Ratsbeschluss V/1033/2004 – aus den bei der HHSt. 4640.718.0500.7 bereitgestellten Mitteln übernommen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Maßnahme einmalige Kosten in Höhe von ca. 32.650 € entstehen (investive Kosten entsprechend dem Beschlusspunkt 2)

Davon entfallen voraussichtlich auf die

- baulichen Veränderungen im Gebäude = 17.550 € (Anlage 2 a)
- Ergänzungen der Möbel und des Kleinspielzeugs = rd. 6.600 € (Anlage 2 b)
- Veränderungen im Außenbereich/Spielbereich = 8.500 € (Anlage 2 c)

Betriebsbedingte Mehrkosten in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren entstehen durch das erforderliche zusätzliche Personal für die u3-Betreuung (Verwaltungshaushalt entsprechend dem Beschlusspunkt 3).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.940.0700.8	Baukosten u. Zuschuss u3- Programm	2007	32.650 €	
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2007	13.710 €	5/12 anteilige Personalkosten
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2008 ff	32.910 €	

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0132/2007**

**Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
gemäß § 75 SGB VIII - GGUA e. V. und
Zugvogel e. V.**

Frau Dr. Hanke erläuterte die Vorlage und das Verfahren bei Trägern, die nicht auf den ersten Blick als Jugendhilfeträger zu erkennen seien. Dazu habe das städtische Rechtsamt nach Prüfung u. a. erklärt, dass eine Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe vorliege, wenn die Vereinsarbeit darauf gerichtet sei, speziell junge Menschen in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung zu fördern, ihre Eltern in der Erziehung zu beraten und zu unterstützen, Gefahren für das Wohl junger Menschen abzuwehren und bessere Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen (§ 1 Abs. 3 SGB VIII).

Nach den Grundsätzen für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden vom 14.04.1994 (Abgedruckt im Kommentar von Reinhard Wiesner zum SGB VIII, 3. Auflage 2006 Seite 1402) fehle es bereits an der ersten Voraussetzung. Nach Ziffer 2.1.4 dieser Grundsätze setze eine Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe voraus, dass die Vereinsarbeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe in der Satzung verankert sei und in der Realität nicht nur sporadisch, sondern systematisch und mit Nachdruck verfolgt werde. Es müsse ein genügend gewichtiger und von anderen Zielen abgrenzbarer Schwerpunkt der Vereinsarbeit sein. In den vorliegenden Fällen sprächen die Satzungen nicht davon, dass die Vereine speziell auf junge Menschen und deren Wohlfahrt abzielende Zwecke verfolgten.

Ermessen habe die Verwaltung erst und nur dann auszuüben, wenn die tatbestandlichen Voraussetzungen einer Norm erfüllt seien. Da das bei den betreffenden Trägern nicht der Fall sei, müssten die Anträge abgelehnt werden. Die Verwaltung werde sich jedoch bemühen, die Träger bei konkreten Projekten im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

Es schloss sich eine längere und kontroverse Diskussion an, in deren Verlauf vor allem beklagt wurde, dass die Träger erst nach so langer Zeit der Prüfung einen Hinweis auf den letztlich negativen Ausgang des Verfahrens erhalten hätten. Auch die Tatsache, dass mit einer Anerkennung keinerlei finanzielle Verpflichtungen entstehen würden, spielte eine Rolle. Schließlich wurde länger über die Situation gesprochen, dass einem der Träger durch eine fehlende Anerkennung in erheblichem Maße Mittel aus Zuwendungen der Aktion Mensch entgehen könnten.

Der Vorsitzende schlug vor, die Rednerliste zu schließen. Dem wurde einvernehmlich gefolgt.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 6 Gegen-Stimmen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Anträge der ‚Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA)‘ und des Vereins ‚Zugvogel e.V.‘ auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII werden abgelehnt.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Folgekosten.“

Punkt 17 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung